

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Club der Anzeigen-Annehmer: zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Preisen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Adolf Erwin.

Der Führer der Riksteute soll nunmehr ausgearbeitet werden. Zu diesem Zwecke beauftragt Frankreich in Verbindung mit Spanien, eine äußerst strenge Land- und Seebölade auszuführen um jede Zufuhr von allen Seiten abzuwehren.

Dem Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Wilhelm Kaßl (D. Vpt.) ist aus Anlaß seines 70. Geburtstages der Ehrenvorsitz der Liberalen Vereinigung angeboten worden. Prof. Kaßl hat die Ehrgung angenommen.

In der Abschnitzung der Berliner Gewerkschaften teilte Erwin mit, daß eine große Aktion der Gewerkschaften gegen die zunehmende Teuerung bevorstehe. Da die Regierung außer völlig in diesem Kampfe verlagte, werde man auf die Erzeugnisse der Revolution zurückgreifen müssen und die Versorgung der Massen durch das arbeitende Volk selbst übernehmen lassen. Eine vorherige Konferenz beim Reichsernährungsminister finde Anfang kommenden Woche statt.

Am letzten Sonntag fanden wieder im Spanbauer Markt Geländebewegungen des militärisch gegliederten Roten Frontkämpferbundes statt. Auf- und Abmarsch der Teilnehmer erfolgte in geschlossenen Hundertschaften. An den Geländebewegungen nahmen etwa 7000 Kommunisten teil.

— Wie lange noch, Herr Goering?

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bantangehörigen mittelst, finden am Freitag, dem 26. Juni 1925, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung des Reichstarifvertrages für das Bantgewerbe statt.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Warschau: In der polnischen Regierung zeigt sich geringe Neigung, auf die deutschen Vorschläge zum Handelsprovisorium einzugehen. Der Handelsminister hat die polnischen Interessenten nach Warschau berufen, die die deutschen Vorschläge als nicht weitgehend genug bezeichnen.

Wie aus Paris verlautet, ist zwischen der deutschen und der französischen Schweißindustrie in den letzten Tagen in Luxemburg ein Abkommen geschlossen worden, auf Grund dessen Frankreich in Zukunft nach Deutschland einführen kann: 800 000 Tonnen Eisenerz, das Saargebiet 600 000 Tonnen und Luxemburg 300 000 Tonnen.

Im englischen Unterhause erklärte Unterstaatssekretär für Bergwerkswesen Lane, 361 Bergwerke, die in normalen Zeiten 71 700 Arbeiter beschäftigen, seien seit dem 1. November 1924 geschlossen und die Arbeit sei nicht wieder aufgenommen worden, während 121 Bergwerke mit 12 900 Arbeitern im Betrieb bzw. wieder eröffnet worden seien.

Die Parlamentsfraktion der englischen Arbeiterpartei nahm eine Entschließung an, die besagt, der vorgelegene Sicherheitspakt sei nicht geeignet, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich oder einen blühenden Frieden zu fördern. Es sei unerheblich mit dem Geist und den Zielen der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterpartei fordere mit Nachdruck den Ausbruch des Bürgerkrieges durch den Einmarsch Deutschlands und Rußlands und die Schaffung eines allumfassenden Sicherheitspaktes, der sich auf die Grundzüge des Selbstbestimmungs- und Abwehrungsprinzips, wie es im Genfer Protokoll vorgesehen ist, stütze.

Die Unerfüllbarkeit des Dawesplanes.

Dawespanik in Paris.

Vor drei Wochen hatten wir an dieser Stelle von der Gefährdung des Dawesplans geschrieben, die nach einem Interview des Generalagenten mit dem „Times“-Korrespondenten bei einer weiteren Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage in einigen Monaten sich fühlbar machen würde.

Die Ausführungen des Generalagenten hatten damals einen Sturm der Erregung in der Pariser Presse ausgelöst, und einige Tage später brachte das das für die Stützung des Franzosen notwendige Abgemächung, der Generalagent habe nur von jätzeren Möglichkeiten gesprochen, ausdrücklich aber die Bereitschaft Deutschlands folgeleiste, die übernommenen Reparationsverpflichtungen pünktlich genau zu erfüllen.

Das Zehnprozentmodell von damals, das bisartig den Ernst der Lage für Europa und besonders auch für Deutschland beleuchtete, schien schon verfallen, als nunmehr unerwartet der jetzt in Brüssel tagende Handelsstammertag die Reparationen und Kohlenverzehr des Generalagenten zu seinen eigenen macht.

Was die Brüsseler Resolution sagt, ist nichts anderes, als was die ferische deutsche Presse seit dem Londoner Abkommen immer wiederholt und was man in Brüssel in die Form gebracht hat: „Die Reparationen gerätien die Weltwirtschaft.“

Die Londoner „Daily News“ hatte vor vier Wochen geschrieben: Was Deutschland in den nächsten beiden Jahren an Dawesplanleistungen leisten soll, ist das Dreifache aller deutschen Staatsausgaben in einem Kriegsjahr. Aber wenn diese Extremist-Leistungszeit, beginnt erst die Katastrophe in Europa.

Heute ist die Katastrophe näher, als man damals dachte.

Aus dem Pariser „Matin“ vom Sonntag ist zu entnehmen, daß der Generalagent in seinem Bericht an die Reparationskommission ausdrücklich eine Erklärung abgegeben hat, für welche Zeit er die Zahlungen des Dawesplans garantieren könne.

Das sagt nichts anderes, als daß der Ernst der Lage für die kommenden Monate von Herrn Generalagenten trotz der bisherigen Erfüllungen Deutschlands als unverändert gegeben angesehen wird.

Die Londoner „Times“ melden aus Paris: Die Ausführungen der Brüsseler Handelsstammertagung über die Schwierigkeiten des Dawesplans haben in Paris alarmierend gewirkt. Die „Morning Post“ meldet: In englischen Finanzkreisen ferkennet man die Dauer der Erfüllung des Dawesplans bis höchstens Dezember 1925.

Die deutsche Wirtschaft in Not.

Auch in Neupost hält die ungunstige Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage an.

was in dem Stillstand der amerikanischen Kredithilfe für Deutschland zum Ausdruck kommt. Morgun selbst hat aus seiner Auffassung, daß der Dawesplan die deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten weit überpannt, kein Hehl gemacht.

Naturngemäß werden die Feststellungen auf dem Brüsseler Handelsstammertag auch in Berliner Regierungskreisen sehr eingehend erörtert. Aber an eine Wirtung infolgedessen daß jetzt schon eine Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands in nahe Aussicht rückt, glaubt man nicht.

Selbst die sozialistischen Konsumbetriebe haben Abmündungen von Angelegten vorgenommen.

Auf den Hamburger Wertien sind die Betriebsbedingungen so umfangreicher Art, daß man dort die Intervention des Reichsarbeitsministers erbötten müßte. Die Auslandsaufträge gehen ebeno gewaltig zurück, daß sogar die Berliner Schuhfabriken die Produktion der Sommerkleidung abbrechen und Arbeiter mit dem Fehlen aller Auslandsaufträge begründen müssen.

Die gestrige Tagesordnung zur Marokkofrage wurde mit 610 gegen 30 Stimmen angenommen. In dieser Tagesordnung heißt es: Die Kammer tadelt mit Entrüstung die Aufreihungen, die das Reich unter Soldaten in Gefahr bringen und betonte das justifikatorische Wert und den Friedenswillen Frankreichs. Sie billigt die Erklärungen der Regierung und nimmt acht von ihrem Beschluß, die Verhandlungen mit Spanien zu einer Lösung zu führen, die mit dem Reich und den internationalen Beziehungen, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Einklang steht und so die friedliche Nachbarschaft mit Frankreich sicherstellt. Ein Teil der Sozialisten hat sich der Stimme enthalten, ein Teil stimmte für das Kabinett Painlevé.

Die gelbe Gefahr.

Londoner Wittermeldungen zufolge sind alle in Kanton lebenden Amerikaner vom amerikanischen Konjulg angewiesen worden, die Stadt zu verlassen. „Daily Mail“ berichtet aus Hongkong, daß alle Jüde nach den chinesischen Grenzen abgewiesen seien durch einen Befehl. Derselbe Befehl lautet: Jeder gegen England gerichtete Fußweg in der chinesischen Presse fortgesetzt. Auf zahlreichen Plakaten wird die Bevölkerung aufgefordert, die Engländer totzuschlagen.

In Kanton fanden schwere Zusammenstöße mit französischen und englischen Marineoffizieren statt, die mit Maschinenengewehrfeuer antworteten. In ganz China verunsichert sich die Lage. Reuter meldet: Auch in Hongkong werden japanische Truppen zum Schutz der Niederlassungen ausgeschifft. In Tientsin sind Krutrupen ausgedröhen. Die Berliner chinesische Kolonie ist im Besitz zuverlässiger Meldungen aus China, wonach auch die chinesischen Truppenverbände die sofortige Entfernung der Engländer und Japaner aus China verlangen.

Das Geheimnis der Britischen Reichsausstellung in Wembley

Von J. Williams.

Der nachstehende Aufsatz verdient in seiner ungunstigen Beurteilung der Lage Englands besondere Beachtung, weil er nicht von einem Deutschen, sondern von einem Engländer kommt, also nicht der Wunsch der Vater des Gebankens ist. Die Schriftleitung.

Die britische Reichsausstellung wurde auf neue im herrlichen Wembleypark eröffnet. Viel reichler und angelegender als im Vorjahr.

Freude an Frankfurt. Der Engländer sieht in dem Auf, ein kühl berechneter Geschäftsmann zu sein, der die Pfabe nüchternen Pracht allen ankern vorzieht; aber hier wird wieder einmal klar, was demotiert er in alle prunkvolle Schaustellungen. In Paraden und überhaupt jedes Zeremoniell ist. Es übertrifft jeden Fremden, wenn er sieht, wie die vornehm schenbar uninteressierte Menge plötzlich durch einen feierlichen Umzug, durch Fahnen, militärische Paraden und glänzende Uniformen wie elektrifiziert erscheint.

Was bin überzeugt, daß einer der Hauptgründe für das Fortbestehen der Monarchie in England bis auf den heutigen Tag diese geradezu kindliche Freude des Engländers am Zeremoniell ist, das gerade unsere Monarchie so oft anwendet, trotzdem tatsächlich der demokratische Gedanke England wie kaum ein anderes Land der Welt beherrscht. Jedes Ereignis, das mit Paraden und irgendwelchem Gepolänge zusammenhängt, zieht die englische Schaulust an, und sie wird davon so gefangen genommen, wie es der Amerikaner vom Baseball und der Spanier von einem Stierkampf nur sein kann.

Die Organisatoren der Wembley-Ausstellung haben diesen wesentlichen Faktor zum Ausgangspunkt ihres Werkes gemacht. Die verhöfnerische Pracht und das orientalische anmutende Spiel der Farben, Fahnen, Uniformen, der Musik, die bei den verschiedensten Gelegenheiten und Schaupielen in Wembley vorgeführt werden, wird man kaum in einem anderen europäischen Lande wiederzufinden bekommen. Solche Schauleistungen eines reichlichen gehenden Reichturns werden sich häufig geboten. Seit der Eröffnung der Ausstellung sind erst mehrere Wochen verfloßen, und schon jetzt wurden solcher Schauleistungen mehr geboten, als während der ganzen Dauer der vorjährigen Darbietungen.

Was noch mehr auffällt, ist das Interesse, das gerade die königliche Familie dieser Ausstellung widmet, um sie immer populärer zu machen. Der König, die Königin, der ganze Hofstaat der Lords und Ladies, Grafen, Generale, Minister, hohe militärische und kirchliche Würdenträger, Vertreter des gesamten englischen Adels waren nicht allein bei der Eröffnung der Ausstellung zugegen, sondern ließen die Ausstellung mehrmals höchst persönlich besuchen. Die Leitung der Ausstellung folgt natürlich, welche Anziehungskraft der königliche Besuch auf das Volk ausübt, und sie macht ihn sich so oft wie möglich zunutze.

Wozu der Aufwand? Vielen erscheint dieses auffallende Interesse der Regierung an einer gewöhnlichen Ausstellung gänzlich befremdend, und breite Kreise waren nicht nur überrascht, sondern auch ungehalten über die Wiedereinführung und verlängerten, Wembley sollte dieses Jahr keine Tore nicht wieder öffnen. Ebenso erging es den Kolonien, die auch nicht gerade von dieser Lebensauffassung begeistert waren. Einige von ihnen hatten sich gerade von der Ausstellung zurückgezogen und nahmen nun doch an dieser Saison wieder teil. Die Regierung hat bei dem letztjährigen Risiko einige Hunderttausend Pfunde eingebüßt. Warum also sieht man den ganzen ungeheuren Aufwand wieder auf? Wie lange soll denn eine solche Ausstellung wieder dauern? Sie war doch nun ein Jahr lang geöffnet, und die gewiss stattliche Zahl von 8 Millionen Besuchern war durch die pompösen Eingangsportale gefördert. Sollte das nicht genügen? War das unbedingt nötig, daß ein Land auf neue Millionen von Geldern für ein Schauspiel aufbringt, wenn es zur selben Zeit doch wahrhaftig schwer genug an drückenden Steuerlasten zu tragen hat? Der tiefere Grund für diesen Einmarsch der Regierung wurde nicht bei den öffentlichen Diskussionen genannt. Man gab den neugierigen Fragen die verschiedensten belanglosen Antworten, aber der wahre Grund blieb ungenannt, und das ist sehr be-

Umschwung in Frankreichs Haltung.

Das Ruhrgebiet wird geräumt! Entgegen allen bisherigen Meldungen aus Paris hat, offenbar im Hinblick an die mehrfachen Verhandlungen des deutschen Reichsvertreters in Paris, der französische Minister rat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, umgehend mit den Vorbereitungen zur vertragmäßigen Räumung des Ruhrgebiets zu beginnen.

Das Pariser „Deure“ schreibt zu dem gestrigen Beschluß des Ministerrats: Die Operationen werden unmittelbar beginnen. Sie werden vollkommen vor dem 17. August zu Ende geführt sein. An diesem Tage wird auch der letzte Mann unserer Soldaten, deren Zahl vom General befehligt ist, den rheinisch-westfälischen Besatz verlassen haben. Es werden auch die als Sanktionsgebiete zu betrachtenden Städte Düsseldorf und Duisburg-Aachen geräumt werden, obwohl für sie ein anderes Regiment hätte in Anspruch genommen werden können und obwohl man sie mit der Besatzungsjone von Köln hätte verbinden können anlaß mit dem Bezirk von Eilen.

Painlevés Kabinett gerettet?

Die Abmündung der französischen Sozialisten über die künftige Stellungnahme zur Regierung Painlevé hatte nach den bisher vorliegenden Meldungen folgendes Ergebnis: Antrag Comore Morels (gegen weitere Unterhügung) 42 Stimmen. Antrag Renaudel (nur für zeitweilige Unterhügung) 49 Stimmen. Antrag Vincent Auriol (für weitere Unterhügung) 12 Stimmen. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses traten die Anhänger Auriols dem Antrag Comore Morels bei. 12 Stimmen haben noch aus

